

AUSBLICK

„Die Hoffnung auf Erholung ist eher verhalten“

Unsicherheit und Zukunftsängste drücken weiter auf die Verbraucherstimmung – Zurückhaltung bei größeren Anschaffungen – Zahl der Unternehmenspleiten steigt

Konsum- und Konjunktur­experte Rolf Bürkl vom Nürnberg Institut für Marktentscheidungen (NIM), dem Gründer der GfK, macht Handel und Industrie kaum Hoffnung. Die Lage bleibe auch im neuen Jahr schwierig.

Herr Bürkl, der Binnenmarkt schwächelt. Deutschland steckt in der Rezession. Wie groß ist Ihre Hoffnung auf einen Aufschwung im neuen Jahr?

Insgesamt gesehen sind die Hoffnungen auf eine spürbare Erholung der Konjunktur in 2024 eher verhalten. Nach wie vor haben uns mehrere Krisen fest im Griff. Zudem dürften die Diskussionen um die Aufstellung des Staatshaushaltes nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes weiter anhalten. Zwar wurde inzwischen eine grundsätzliche Einigung erzielt, aber welche Belastungen in diesem Jahr auf Unternehmen und Haushalte aufgrund der Konsolidierung der Staatsfinanzen im Detail zukommen, ist momentan nicht absehbar und dürfte für zusätzliche Verunsicherung sorgen. So geht das Institut der deutschen Wirtschaft in seiner aktuellen Prognose davon aus, dass in 2024 das Bruttoinlandsprodukt um ein halbes Prozent

schrumpfen wird. Das heißt, die Rezession würde sich im zweiten Jahr in Folge fortsetzen.

Es deutet also einiges darauf hin, dass zumindest Teile der Gesellschaft weiter Abstriche beim Einkauf machen werden. Ihre Prognose?

Bleiben die Zukunftsaussichten für die privaten Haushalte auch in diesem Jahr – wofür vieles spricht – ungewiss und von Sorgen geprägt, wird dies auch die Konsumneigung beeinflussen. Wir wissen aus tiefergehenden Analysen zur Verbraucherstimmung, dass Unsicherheit und Zukunftsängste ein wichtiger Grund bei den Konsumenten sind, eher zu sparen als zu konsumieren. Fehlt den Haushalten die Planungssicherheit, werden sie insbesondere bei größeren Anschaffungen sehr vorsichtig sein.

Aber in etlichen Branchen gab es doch zuletzt hohe Lohnabschlüsse, die die real verfügbaren Einkommen haben steigen lassen oder wenigstens stabilisiert haben. Dieses müsste dem privaten Konsum doch neues Leben einhauchen?

Hohe Tarifabschlüsse und die zuletzt rückläufige

Rolf Bürkl, Experte vom Nürnberg Institut für Marktentscheidungen (NIM)



Inflationsrate haben zwar die Kaufkraft der privaten Haushalte gestärkt. Dies macht sicherlich etwas Mut für die Binnennachfrage. Aber auch hier gilt: Diese zusätzliche Kaufkraft wird nur dann ihre Wirkung beim Konsum entfalten können, wenn die Verbraucher wieder optimistischer in die Zukunft blicken. Ist dies nicht der Fall, dürfte ein wesentlicher Teil dieser Kaufkraft als Notgroschen beziehungsweise für schwierige Zeiten zurückgelegt und damit dem Konsum entzogen werden.

Die Lohnsteigerungen könnten die Inflation wieder anheizen...

Wir gehen davon aus, dass die Inflation in diesem Jahr keine großen Sprünge nach oben machen wird. Vor dem Hintergrund der zu erwartenden schwachen Konjunktur und dem intensiven Wettbewerb ist der Spielraum für Preiserhöhungen auch im Handel eher begrenzt, wenn man seine Marktposition zumindest beibehalten will. Es gibt aber eine Ausnahme: Sollten sich die Krisen verschärfen oder gar neue Krisen hinzukommen, besteht die Gefahr, dass die Energiepreise wieder sprunghaft ansteigen. Und dies würde die Inflation erneut anheizen.

Etliche Finanzmarkt-Experten gehen davon aus, dass die Zinsen langsam wieder sinken. Erwarten Sie weniger Unternehmenspleiten?

Nach einem Bericht von Allianz Trade sind zuletzt die Unternehmenspleiten wieder angestiegen, wenn auch das Niveau im Vergleich zur Vor-Corona-Periode noch niedrig ist. Aber der Trend zeigt derzeit klar nach oben. Es ist zu befürchten, dass er 2024 anhält und Unternehmen aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen in die Insolvenz rutschen.

Unternehmen im Handel und in der Industrie beklagen – einig wie selten: Es gibt zu viel Bürokratie, zu viele neue Gesetze, Verordnungen und Genehmigungsverfahren. Was läuft schief in einer der reichsten Volkswirtschaften? Verwalten wir uns zu Tode?

Ein Abbau der Bürokratie ist sicherlich zur Sicherstellung und Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit notwendig. Hinzu kommt, dass entsprechende Maßnahmen auch für eine Kostenentlastung bei den Unternehmen sorgen. Dies würde wie ein kleines Konjunkturprogramm wirken und darüber hinaus die staatlichen Haushalte nicht belasten, das heißt die Verschuldung nicht erhöhen. kon/1z 01-24

Foto: WOLFGANG SCHWITTE

